

Ressort: Politik

SPD fordert Aufklärung über "illegalen Geheimdienst"

Berlin, 18.12.2012, 14:53 Uhr

GDN - Die SPD hat rasche Aufklärung über einen "illegalen Geheimdienst" gefordert, der von 1969 bis 1983 tätig gewesen und von hochrangigen Unionspolitikern gegründet und unterstützt worden sein soll. Das "Zeitmagazin" hatte Ende November von dem Dienst berichtet, der angeblich in erster Linie die Neuausrichtung der Außenpolitik durch Willy Brandt boykottieren sollte.

"Es ist erschreckend, dass es in CDU und CSU offenbar immer wieder Tendenzen gegeben hat, unter dem Deckmantel vermeintlich höherer Interessen Recht und Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zu brechen", sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles der "Zeit". "In dieser Tradition wurden bekanntlich auch die schwarzen Kassen der CDU angelegt, über die Helmut Kohl bis heute schweigt. Die Union sollte mit der Offenlegung aller Akten ihren Beitrag dazu leisten, damit die Verschwörung von Christdemokraten gegen die Demokratie vollständig aufgeklärt und das historische Urteil gefällt werden kann." Der langjährige Chefstrategie der sozialliberalen Außenpolitik, Egon Bahr, nannte die Machenschaften des "Geheimdienstes" den "größten Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-4376/spd-fordert-aufklaerung-ueber-illegalen-geheimdienst.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com